

Solidarität

unsere Chance

Nummer 161

März 2023

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

Einladung zur Podiumsdiskussion

1933 - 1938 – 2023

*Vor 90 Jahren Ausschaltung des Parlaments,
vor 85 Jahren Auslöschung Österreichs – und dann: Krieg.*

Die Lehren daraus: Österreichs Neutralität.

***Heute gilt umso mehr: Eintreten für Demokratie,
für Frieden und Neutralität! Nie wieder KRIEG!***

Em. o. Univ.-Prof. Dr. Max Haller, Institut für Soziologie, Uni-Graz

a. o. Univ. Prof. Dr.in Andrea Komlosy, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Uni-Wien

Dr. Pascal Lottaz, Appointed Associate Professor, Uni-Kyoto (per Video)

PD HS-Prof.in Mag.a Dr.in Sabine Zelger, KPH Wien/Krems

Mag.a Olivia Janisch, Stv. FSG vida Vorsitzende und vida Bundesfrauenvorsitzende

Dr. Michael Kösten, Gewerkschafter*innen gg. Atomenergie und Krieg

Mag.a Heidemarie Tschida: Moderation

Veranstalter: Initiative www.unsere-neutralität.at – unsere Sicherheit

Mi., 15. März 2023, 18.30 Uhr

ÖGB Catamaran, 10. Stock, Riverbox, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, U2-Station Donaumarina

Um Anmeldung wird ersucht:

oesolkom@gmx.at

Freier Eintritt, Spenden erbeten

Mit freundlicher
Unterstützung
der FSG vida

FSG vida
Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen



1 Jahr Ukraine-Krieg?

Aus der Grußbotschaft von Jeffrey Sachs zur Friedensdemonstration in Berlin am 25. Februar 2023. Er ist Uni-Professor an der Columbia University und war Berater der Regierungen Russlands, der Ukraine und der UNO. <https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=Vd-q8SgW3gs>

„Wir befinden uns nicht am ersten Jahrestag des Krieges. Dies ist der neunte Jahrestag des Krieges. Der Krieg begann mit dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Ein Putsch, der von der Regierung der USA lanciert wurde. Von 2008 an drängten die USA auf die NATO-Erweiterung in der Ukraine und Georgien. Janukowytsch wollte Neutralität. Er stand zwischen den USA und ihrem Ziel dieser NATO-Erweiterung. Als die Proteste gegen Janukowytsch ausbrachen, Ende 2013, ergriffen die USA die Gelegenheit, um die Proteste eskalieren zu lassen. Und sie trugen zu dem Putsch gegen Janukowytsch, im Februar 2014, bei. Das war der Anfang des Krieges, neun Jahre zuvor. Seitdem hat Russland die Krim erobert. Der Krieg im Donbass brach aus. Die NATO spülte Milliarden von Dollar an Aufrüstung in die Ukraine. Der Krieg eskalierte immer weiter. Die sogenannten Friedensabkommen von Minsk I und Minsk II, bei denen Deutschland als Co-Garant fungieren sollte, funktionierten nicht, weil die Ukraine sich weigerte, sie umzusetzen und weil Deutschland und Frankreich keinen Druck zur Durchführung ausübten. Ende 2021 machte Präsident Putin klar, dass die Rote Linie für Russland die NATO-Erweiterung in der Ukraine ist. Putin machte klar, dass Russland die Kontrolle über die Krim behalten muss. Und dass mit dem Donbass auf der Grundlage des Minsker Friedensabkommens I und II verfahren werden muss. Joe

Biden und das Weiße Haus lehnten es jedoch ab, über die NATO-Erweiterung zu verhandeln. So fand die russische Invasion tragischerweise und zu Unrecht im Februar 2022 statt. Acht Jahre nach dem Janukowytsch-Putsch. Die USA haben seitdem massiv aufgerüstet. Und die Zahl der Toten und die Zerstörung ist fürchterlich. Im März 2022 erklärte die Ukraine, dass sie auf der Grundlage der Neutralität verhandeln würde. Wir wissen jetzt, dass die USA diese Verhandlungen blockierten und eine Eskalation des Krieges favorisierten. Im September 2022 wurden die Northstream-Pipelines gesprengt. Es gibt überwältigende Beweise, dass die USA die Zerstörung der Northstream-Pipelines angeleitet haben. Wir befinden uns meine Damen und Herren, auf einem Weg der schrecklichen Eskalation und der Lügen und des Schweigens in den Medien. Die gesamte Erzählung, dass dies der erste Jahrestag des Krieges ist, ist bereits eine falsche Erzählung. Die ist ein Krieg, der mit der NATO-Erweiterung, der Beteiligung der USA an einem Staatsstreich und der massiven Aufrüstung der Ukraine begonnen hat. Und dann mit der schrecklichen Invasion Russlands und der Eskalation. Dies ist ein Krieg, der beendet werden muss, bevor er uns alle in ein nukleares Armageddon verwickelt.

Danke für Ihre Bemühungen. Wir müssen die Wahrheit sagen. Beide Seiten haben gelogen und betrogen und Gewalt ausgeübt. Beide Seiten müssen sich zurückziehen. Die NATO muss den Versuch der Erweiterung um die Ukraine und Georgien stoppen. Wir müssen auf die Roten Linien beider Seiten hören, damit die Welt überleben kann! Vielen Dank für Ihre Bemühungen für den Frieden. Sie sind lebenswichtig. Vielen Dank!“

Ukraine: Noch mehr Waffenlieferungen und Kriegswirtschaft in Europa?

Der Ukrainekrieg droht zu einem noch größeren Krieg zu werden!

Die Regierungen der USA, Deutschlands und anderer NATO-Staaten liefern der Ukraine noch mehr Waffen, u.a. modernste Kampfpanzer und Ukraine-Präsident Selenskyj fordert sofort noch mehr Waffen u.a. Kampfflugzeuge usw.

Eine neue Stufe der Ausweitung des Kieges ist damit erreicht, obwohl schon bis jetzt 100.000e (Hunderttausende!) ukrainische und russische Soldaten verletzt oder getötet wurden. Wir werden schrittweise auf einen großen, ja einen Weltkrieg vorbereitet, an dem wir, geht es auch nach unserer Regierung, ebenfalls teilnehmen sollen.

Was täglich immer mehr stattfindet ist: ständige Missachtung unserer Neutralität, Verletzung des Neutralitätsgesetzes und des Staatsvertrages durch unsere Regierung, sowie Schweigen bei den anderen Parteien, Kriegspropaganda für die Ausweitung des Krieges zum großen Krieg.

Nach der „Münchner Sicherheitskonferenz“ – in Wirklichkeit Kriegskonferenz – wird ganz offen davon gesprochen, dass „wir“ in Europa zur Kriegswirtschaft übergehen müssen. Auch im neutralen Österreich wird mit den Kriegswölfen mitgeheult.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (wir sollten sie schon Kriegsministerin nennen) fordert für Österreich, dass wir uns auf mögliche Raketeangriffe vorbereiten. Sie hofft auf eine rasche Umsetzung des und Teilnahme Österreichs am „Europäischen Sky Shield“ (Luftabwehr), der praktisch ident mit dem Luftabwehrsystem der NATO ist und von Deutschland vorangetrieben wird.

Durch die Aussagen von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner droht das neutrale Österreich in die vom Westen mit seinen Kampfpanzerlieferungen befeuerte Spirale der Ausweitung des Krieges in der Ukraine hineingezogen zu werden.

Ende Februar machte Verteidigungsministerin Tanner stolz bekannt, dass das Bundesheer nun 560 Mio. Euro für die Modernisierung seiner 170 Panzern bis 2029 ausgibt. Für die 58 deutschen Panzer Leopard 2A4 werden dafür 190 Mio. Euro an den deutschen Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann und für die 112 Schützenpanzer Ulan an die Österreich-Tochter des weltweit fünfgrößten US-Rüstungskonzern General Dynamics in Wien 370 Mio. Euro ausgegeben.

Zudem brachte die Ministerin ohne eine Bedrohung von Österreich die sog. EU-Beistandsklausel ins Spiel. Diese besage, dass von Österreich als Nicht-NATO-Land, aber EU-Mitgliedstaat verlangt werden könnte, im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates, diesem alle in seiner Macht stehende Hilfe und Unterstützung zukommen lassen zu müssen, so die Ministerin in ihrer APA-Aussendung.

Das ist ungeheuerlich, denn es gibt im EU-Vertrag für neutrale Staaten die „Irische Klausel“, wonach es diesbezüglich keinen Automatismus gibt, mitmachen zu müssen.

Österreich sollte neutral bleiben



Quelle: orf.at/16.3.22

Und vor allem: das ist mit unserer Neutralität absolut unvereinbar. Tanner will im vorauseilendem Gehorsam gegenüber NATO/EU eine Teilnahme an NATO/EU-Deutschland-Aufrüstung und Kriegseintritt

gegen Osten als angeblich von der EU gesetzlich auch für Österreich unausweichlich vorgeschrieben hinstellen. Diese ungeheuerliche Unwahrheit will sie der Bevölkerung „kommunizieren“, also per einheitlicher Medienpropaganda als unausweichlich einhämmern lassen.

Kurz darauf verlangten die Ex-Heeresminister Fasslabend (ÖVP) und Scheibner (FPÖ) einen NATO-Beitritt Österreichs. Das Fasslabend-Institut AIES, aus dem der NATO-Ruf kommt, wird unverfrorener Weise aus unseren Steuergeldern gefördert, usw. vom Verteidigungs-, Europa- und Wissenschaftsministerium, vom Land NÖ, von der Gemeinde Maria Enzersdorf, der Österreichischen Nationalbank oder der Raiffeisenlandesbank Wien-NÖ.

Die AIES-Direktorin, Velin Tchakarova, betreibt unter dem Deckmantel dieses aus öffentlichen Geldern gesponserten Fasslabend-Privatvereins als „Expertin“ vor allem einseitige Selenskyj-Propaganda für die NATO und für noch mehr Waffen für die Ukraine „bis zum Sieg“ und wird von Fernsehen, Radio und Zeitungen wohlwollend hofiert. Das ist neutralitätswidrig. Der Fasslabend-Privatverein muss zugesperrt werden und darf keine Steuergelder mehr erhalten.

Ministerin Tanner müsste wegen ihrer Aussagen sofort zurücktreten bzw. der Bundespräsident müsste sie sofort abberufen. Das macht Van der Bellen aber nicht, er macht vielmehr das Gegenteil. Das gewählte und auf die Verfassung, damit auf die Neutralität, angelobte Staatsoberhaupt, verwendet bei seiner Antrittsrede zur Wiederwahl die Kritik am rechten FPÖ-Kickl dazu, um gerade für den Krieg gegen Russland Propaganda zu machen und damit alle jene, die gegen diesen Krieg die Stimme erheben und für die Neutralität Österreichs eintreten, als FPÖ-nahe und/oder als undemokratisch hinzustellen und damit niederzumachen. **Weiter Seite 4**

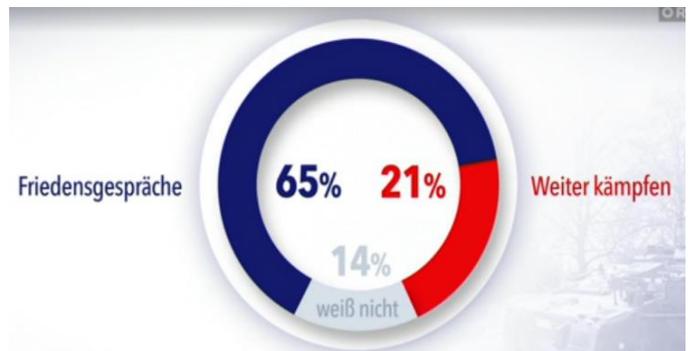
Statt entsprechend der immerwährenden Neutralität Österreichs eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben, die gerade in Zeiten von Krieg darin bestehen muss, Kriegsursachen und Kriegstreiber zu benennen und zu verurteilen, für Friedensverhandlungen und Waffenstillstand einzutreten, sich als Vermittler anzubieten, fährt Van der Bellen nach Kiew. Dort bedauert er gegenüber Ukraine-Präsident Selenskyj, dass, weil Österreich neutral ist und weil Österreichs Bundesheer in den letzten Jahren zu wenig aufgerüstet wurde, es der Ukraine keine Waffen liefern könne. Was er auch nicht sagt ist, dass Österreich sein Heeresbudget enorm von derzeit 2,7 Mrd. Euro jährlich auf rund 6 Mrd. Euro jährlich im Jahre 2027 mehr als verdoppelt. Das dient nicht zur Sicherung der Neutralität, sondern zur An- und Einpassung des Bundesheeres in die EU/NATO-Kriegsstrategien und in Anlehnung und Anpassung an Deutschland.

Das alles ist skandalös und höchst gefährlich. Egal wie viele Waffen Österreich hat, es darf und soll so oder so wegen seiner verfassungs- und völkerrechtlich verbindlichen immerwährenden Neutralität keine Waffen an Kriegsparteien liefern.

All das ist eine massive Verletzung der Neutralität Österreichs durch höchste Regierungsorgane, durch den Oberbefehlshaber des Bundesheeres. So eine Politik ist alles andere als neutral und friedenssichernd, sondern im Gegenteil kriegstreibend. Das droht unser Land in diesen und weitere Kriege hineinzuziehen.

Was haben Frau Ministerin Tanner, die Bundesregierung oder der Herr Bundespräsident für ein Demokratieverständnis?

90% der Österreicher-*innen sind für die Beibehaltung der Neutralität! Zudem meinen 65%, dass die Ukraine Friedensgespräche beginnen muss, nur 21% sind dafür, dass die Ukraine weiter gegen Russland kämpft.



Umfrage:
„Soll die Ukraine Friedensgespräche mit Russland beginnen (auch wenn das bedeutet bestimmte besetzte Gebiete an Russland abzutreten) oder soll die Ukraine weiterkämpfen?“

Quellen:
ORF 2, Im Zentrum, 19.2.2023; Unique Research / Einstellung der Österreicher*innen zum Ukrainekrieg

Arbeitslosengeld: Weiterhin keine Erhöhung und Wertsicherung

Arbeitsminister Kocher vertritt, Sozialminister Rauch erklärt sich für nicht zuständig.

Wenn Minister Martin Kocher die „Abschaffung der kalten Progression, also der schleichenden Einkommenssteuererhöhungen durch die Inflation, und die Valorisierung der Familien- und Sozialleistungen“ als großartige Leistungen anpreist, dann täuscht Martin Kocher darüber hinweg, dass er weiterhin mit faulen Ausreden die Wiedereinführung der Wertsicherung bei den Versicherungsleistungen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe verweigert. In seiner Stellungnahme zur von „Aktive Arbeitslose Österreich“ im Nationalrat eingebrachten BI zur Wiedereinführung der Wertsicherung bei der Arbeitslosen-

versicherung (AIV) vertritt Arbeitsminister Kocher noch auf die im Herbst 2022 in Verhandlung befindliche Reform des AIV-Gesetzes, die Maßnahmen, mit denen „eine Inflationsabgeltung erfordernder längerer Leistungsbezug vermieden“ werde, bringen sollten sowie auf die Einmalzahlungen der Regierung.

Sozialminister Johannes Rauch wiederum erklärte sich in der Stellungnahme des Gesundheits- und Sozialministeriums gleich für völlig unzuständig. Das, obwohl fehlende Wertsicherung bei AMS-Bezug steigenden Bedarf an Mindestsicherung/Sozialhilfe bedeutet und der Sozialminister gegenüber der EU in Sachen Armutsbekämpfung berichtspflichtig ist. Trotz Beschluss zur

Ausschussbegutachtung lag weiter keine Stellungnahme von ÖGB und Armutskonferenz vor!

Angesichts dessen, dass

- Erwerbslose in den vergangenen Jahren real über 20% an Wertverlust ihrer Versicherungsleistung erlitten
- viele Langzeiterwerbslose aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen nie und nimmer ein menschenwürdiges Dasein durch Lohneinkommen erzielen können,

bedeutet diese beharrliche Arbeitsverweigerung der Österr. Bundesregierung für die Betroffenen eine zunehmend Bedrohung der eigenen Existenz. (Quelle.: Aktive Arbeitslose).



„9 von 10 Arbeitslosen sind von Verarmung bedroht.“

(Befragung: Momentum Institut)

AUVA:

Reha-Zentrum Weißer Hof bleibt – vorerst. Wachsamkeit ist nötig

Nach jahrelangem Hin und Her bleibt der Weiße Hof der AUVA in Klosterneuburg (NÖ) als Reha-Zentrum vorerst erhalten.

Das ist ein großer Verdienst des jahrelangen Kampfes von Belegschaft, Patient*innen und öffentlicher Unterstützung der AUVA-Betriebsrät*innen in ihrem Widerstand gegen die Schließungspläne. Und es zeigt: Widerstand und Solidarität lohnen sich!

Allerdings:

Statt 300 Betten durch die AUVA soll es nur mehr 150 Betten geben.

Das Land NÖ übernimmt 100, PVA und AUVA je 25 Pflegebetten, sodass 150 Pflegebetten bleiben. Damit ist ein wirtschaftlicher Betrieb angeblich gesichert.

Warum, so fragt man sich jedoch, die Geschäftsführung einem privaten Betreiber übergeben werden soll, ist unverständlich. Vielleicht spielt da türkis-schwarze Freunderlwirtschaft mit, vermuten manche Beobachter. Oder hofft man, wenn ein Privater den Weißen Hof betreibt, dann trotz des durch Widerstand von Belegschaft, Betriebsrät*innen und Patient*innen errungenen Erhalts leichter „Sparmaßnahmen“ durchzudrücken sind als wenn das Land den Betrieb führt? Wir hoffen nicht. Vorsicht und Wachsamkeit ist jedenfalls angebracht.

Denn: Der Beitragssatz zur AUVA, den die Arbeitgeber zahlen, wurde schon wieder, vor einem Jahr, von 1,2% auf 1,1% der Lohnsumme gesenkt. Damit werden der Unfallversicherung wieder 140 Millionen Euro entzogen. Die Hälfte davon wird durch die ÖGK gegenfinanziert, also

anstatt von den Unternehmern von den Arbeitern und Angestellten bezahlt. Dabei ist ja die AUVA dazu gegründet worden, den Unternehmern in Solidarhaftung (Haftungsausschluss) das Risiko und die enormen Kosten von Arbeitsunfällen abzunehmen. Jetzt sollen wieder Arbeiter und Angestellte für meist durch Arbeitsdruck und/oder Versäumnisse durch Unternehmer zustande gekommene Arbeitsunfälle mit Schaden für Gesundheit und Leben von Beschäftigten, dies auch noch selbst aus ihren Krankenversicherungsbeiträgen (ÖGK) zahlen.

Die Situation des Weißen Hofes wird sich ab 2027 massiv verändern!

„Durch diese Änderungen könnten sich Rehabilitationsleistungen verschlechtern bzw. nur in light Versionen oder möglicherweise gar nicht mehr angeboten werden“, befürchten und berichten die engagierten Patientvertreter*innen Susanne P. und Thomas M. in „mein #aufstehn“ und weisen auf einige offene Fragen hin:

„Ab 2027 soll der Weiße Hof als Rehabilitationszentrum weiter betrieben werden, jedoch auch für die „Übergangspflege“ zuständig sein und „es sollen rehabilitative Maßnahmen gesetzt werden“.

Sollte ein privater Betreiber den Weißen Hof kaufen, wird es Rehabilitationen von Querschnittsgelähmten, Schädel-Hirn-Traumata-Patient*innen und von Amputierten am Weißen Hof nicht mehr geben, da private Betreiber solche Rehabilitationen nicht durchführen. Das wäre fatal.



Eine staatliche Institution soll möglicherweise privatisiert werden? **Österreich hat in der medizinischen Versorgung weltweit Vorbildcharakter. Wo führt der Verkauf der Gesundheit hin: zu Gewinnmaximierung und der Verschlechterung der Leistungen?**

Auf dem Gebiet der Rehabilitation genießt der Weiße Hof international einen exzellenten Ruf. Warum zerschlägt man nun diese fachliche und medizinische Kompetenz?

Wie sieht die Zukunft des Behindertensports am Weißen Hof aus? Kann dort weiterhin trainiert werden? Manch sportliche Profikarriere hat dort begonnen.

Wenn das gesamte Areal rund um den Weißen Hof veräußert wird, was entsteht dort oben? In der Vergangenheit gab es schon einmal die Idee, dort einen Golfplatz zu bauen, der nur durch eine Bürger*inneninitiative gestoppt werden konnte.“



www.prosv.at

Weitere Hintergrundinfos zum langjährigen Kampf gegen die AUVA-Zerschlagung siehe: „AUVA – Tod auf Raten?“ in: ÖSK-Zeitung Nr. 148 – siehe www.prosv.at unter Zeitungen.



Pflege und medizinische Versorgung wird kaputtgespart

Fast täglich wird über fehlendes Pflegepersonal in Spitälern berichtet. Der Personalmangel ist seit vielen Jahren ein Thema. Nennenswerte Verbesserungen, die den Beruf nach-+haltig attraktiv machen, gibt es kaum.

Dass die Ausbildung für diplomierte Fachkräfte nun an Fachhochschulen stattfindet, führt weder zu mehr Personal beim Patienten noch zu einer besseren Versorgungsleistung im Langzeitpflegebereich, da die meisten Fachhochschulabgänger eine Tätigkeit im Krankenhaus vorziehen.

Jene, die eine Ausbildung als diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegeperson (DGKP) über eine Fachhochschule absolviert haben, berichten, dass kein Einziger des Ausbildungsjahrganges sich in der Praxis wiederfand. Genaue Zahlen dazu gibt es derzeit nicht. Vielen wird in den akademisierten Ausbildungslehrgängen der Fachhochschulen ein vollkommen praxisfremdes Bild über die Pflege vermittelt, sodass die jungen Menschen überfordert sind, sobald sie in der Realität des Pflegealltags ankommen und in alleiniger Verantwortung bei unmenschlichen Personalschlüsseln handeln müssen.

Über viele Jahre hinweg hat die Politik den Ruf nach notwendigen Entscheidungen und vor allem Reformen im Gesundheits- und Pflegewesen (Harmonisierung der Sozialgesetze, einheitliche Kalkulationsmodelle für die mobilen Dienste, Benchmarking der wesentlichen Kostenfaktoren etc.) ignoriert. Medial wird vorrangig das fehlende Personal in den Spitälern thematisiert. Vom Personalnotstand in Pflegeheimen und mobilen Diensten wird selten gesprochen, dabei entstehen dort gerade die größten Lücken, der Personalmangel führt immer wieder zu Unterversorgungen.

In Pflegeheimen werden Aufnahmesperrn verhängt, weil es zwar Plätze gäbe, aber kein Personal. Gleiches hört man von mobilen Diensten. Jene,

die an zentralen Anlaufstellen für Pflegevermittlung am Telefon arbeiten, berichten sogar von Morddrohungen, wenn sie verzweifelten Angehörigen nicht umgehend einen Pflegeplatz vermitteln können.

Derzeit wird vor allem über den Spitalskollaps gesprochen. Betroffene Patientinnen und Patienten berichten, dass über 80-Jährige im Krankenhaus keine adäquate Versorgung erhalten, wenn nicht Angehörige dahinter sind.

Hausärzte, die Hausbesuche machen, gibt es in Wien kaum noch, aber auch in den Bundesländern fehlen vermehrt Nachfolger bei Pensionierungen. Viele alte Menschen, die sich nur noch mit Rollator fortbewegen können, besuchen keinen Arzt mehr, weil die Praxis nicht barrierefrei erreicht werden kann oder schlicht die physische Konstitution für einen Arztbesuch fehlt. Eine Aufstellung, wie viele Arztpraxen in Österreich behindertengerecht zugänglich sind, gibt es nicht. Kassenärzte sind zwar zu Hausbesuchen verpflichtet, haben aber immer weniger Zeit dafür.

Hauptsache billiges Personal

Der Personalmangel in Pflege und Medizin ist seit vielen Jahren bekannt. Doch hat man es verabsäumt, in professionelles Pflegepersonal zu investieren. Gut ausgebildetes Personal verlässt den Beruf ganz oder emigriert in Länder mit besserer Bezahlung (das gilt für ganz Europa).

Dass die ÖVP Niederösterreich 150 Pflegepersonen ins Land holen will, die hier erst ausgebildet werden sollen, zeigt, wie verzweifelt man Pflegepersonal aus Billigländern anwirbt, um längst notwendige Reformen im Pflegewesen weiterhin auf die lange Bank zu schieben. In Privathaushalten übernehmen Betreuungskräfte aus sogenannten Drittstaaten (etwa Kosovo, Moldawien, Usbekistan etc.) um wenig Geld und außerhalb jeglicher Qualitätskontrollen die Personenbetreuung.

Im Gesundheitsberuferegister sind derzeit 108.650 diplomierte Pflegepersonen registriert. Tätigkeiten, die früher nur DGKP vorbehalten waren, werden nun an die jeweils billigere Berufsgruppe delegiert. Mittlerweile dürfen Pflegeassistenten Blut abnehmen (per Gesetz) und Tätigkeiten durchführen, die DGKP vor zehn Jahren nicht einmal lernen durften, obwohl sie im Gesetz standen. Damit will man sichergehen, dass man immer genug günstiges Personal hat, falls die DGKP zu teuer werden, weil sie nun an Fachhochschulen ausgebildet werden. Da jedoch DGKP bis zum heutigen Tag allzu oft hauswirtschaftliche Tätigkeiten durchführen müssen, haben viele auch wegen der Kompetenzverzerrung den Beruf verlassen. Von permanenten Überstunden durch Einspringen, nicht planbarer Freizeit, schlechter Bezahlung oder inkompetenten Vorgesetzten ganz zu schweigen.

Aus der Praxis ...

... berichtet eine Krankenpflegeperson, die die Ausbildung über das AMS bezahlt bekam, dass sie sich nach Beendigung der Ausbildung für drei Jahre einem Arbeitgeber verpflichten musste. Nun steht sie am Ende der drei Jahre und wird den Beruf verlassen, weil die Zustände nicht mehr haltbar sind. Sie wird zum wiederholten Mal aufgefordert, im Pflegeheim hauswirtschaftliche Tätigkeiten zu verrichten. Der Auftrag der Pflegedienstleitung lautet: Bei Personalmangel muss das diplomierte Personal alles machen. Sie bedauert, dass es wenig Solidarität unter dem Pflegepersonal gibt, da besonders jene mit Migrationshintergrund eher dazu neigen, den Willen der Pflegedienstleitung zu erfüllen.

Solidarität, Qualität und Widerstandsbestreben von einheimischem Pflegepersonal gegen missliebige Umstände, wie sie im Pflegeberuf seit vielen Jahren vorherrschen, werden wegen eigener wirtschaftlicher Vorteile selten unterstützt.



Akuter Notstand überall

Jüngst fand eine Pressekonferenz der professionellen Fachpflege in der 24-Stunden-Betreuung statt, da auch diese für immer weniger Menschen leistbar wird. Die Erhöhung der öffentlichen Förderung des Sozialministeriums von 550 Euro um 90 Euro deckt nicht einmal den Teuerungsausgleich ab, geschweige denn die im Gesetz vorgeschriebene Qualitätssicherung, die quartalsmäßig durchgeführt werden sollte. Ohne Qualitätskontrolle durch diplomiertes Fachpersonal kommt es zu nicht adäquater Wundversorgung, Kontrakturen aufgrund unsachgemäßer Lagerung oder gar vorzeitigem Ableben Pflegebedürftiger.

In allen Pflegebereichen (mobile Dienste, stationäre Langzeitpflege, Akutbereich, 24-Stunden-Betreuung) herrscht akuter Notstand. Pflegepersonal wird weder an Fachhochschulen noch über den Berufsverband bezüglich Empowerment geschult.

Eine breit angelegte Solidarisierung von Pflegepersonen über alle Settings hinweg wurde bisher weder von der Gewerkschaft noch vom Berufsverband ins Auge gefasst.

Professionelle Pflege ist den Geldgebern ein Dorn im Auge – und doch wird kein Weg daran vorbeiführen. Zu lange hat man Pflege und medizinische Versorgung kaputtgespart.

Nun wird man sich entscheiden müssen: Will man der alternden Bevölkerung eine qualitativ hochwertige Versorgung zur Verfügung stellen? Oder müssen sich Pflegebedürftige – und dazu zählen früher

oder später alle – darauf einstellen, dass sie nicht mehr die Versorgung erhalten, die ihnen gebührt?

Pflege ist Teil der Realwirtschaft (so wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur) und darf nicht Private-Equity-Investoren überlassen werden. Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind, werden durch die Digitalisierung nur bedingt ersetzt werden können, sofern man den Menschen nicht prinzipiell neu erschaffen will. Pflege muss im Spannungsfeld der derzeitigen Herausforderungen zwischen Wirtschaft, Politik und Globalisierung vollkommen neu gedacht und eben auch finanziert werden.

Bis 2026 hat die Bundesregierung für das Bundesheer, das 14.000 Berufssoldaten (davon etwa 13 Prozent Frauen) umfasst, 4,7 Milliarden Euro budgetiert. Dazu kommen noch weitere Ausgaben, zu denen sich Österreich im Rahmen der EU verpflichtet hat. Eine langfristige Finanzierung für die Pflege fehlt bis dato, es geht um fast eine halbe Million Pflegegeldbezieher und mehr als 170.000 Pflegekräfte (DGKP, Pflegeassistenten und Pflegefachassistenten), der Frauenanteil beträgt 80 bis 90 Prozent. Es ist keine Lösung, Frauen in MINT-Fächer zu lenken, weil in diesen Sparten besser bezahlt wird. Es ist Aufgabe eines demokratischen Staates, für eine Verteilung zu sorgen, bei der die Mehrheit von ihrer Arbeit gut leben kann, was bedeutet, dass auch Berufssparten, in denen mehrheitlich Frauen tätig sind, gut bezahlt werden.

Die Redaktion bedankt sich bei Alexandra Prinz, die uns diesen Beitrag zur Verfügung gestellt hat. Zuvor erschien der Beitrag schon in der Wiener Zeitung am 21. 12. 2022.

Über 11% Teuerung. Bald auch noch Mieterhöhung um fast 9%? NEIN! Mieten runter jetzt!



2008 – 2021	
Wirtschaftswachstum	Mieteinnahmen gewinnorientierter Vermieter
+ 37%	+ 126%

Am Hungertuch nagen die Vermieter wohl wirklich nicht wie sie nicht müde werden zu behaupten. Die Mieteinnahmen stiegen um das 3,5-fache als das Wirtschaftswachstum.

Kommt
 keine
 Regelung,
 trifft
 diese
 enorme
 Mieterhöhung
 mit
 1. April
 rund
 400.000
 Haushalte

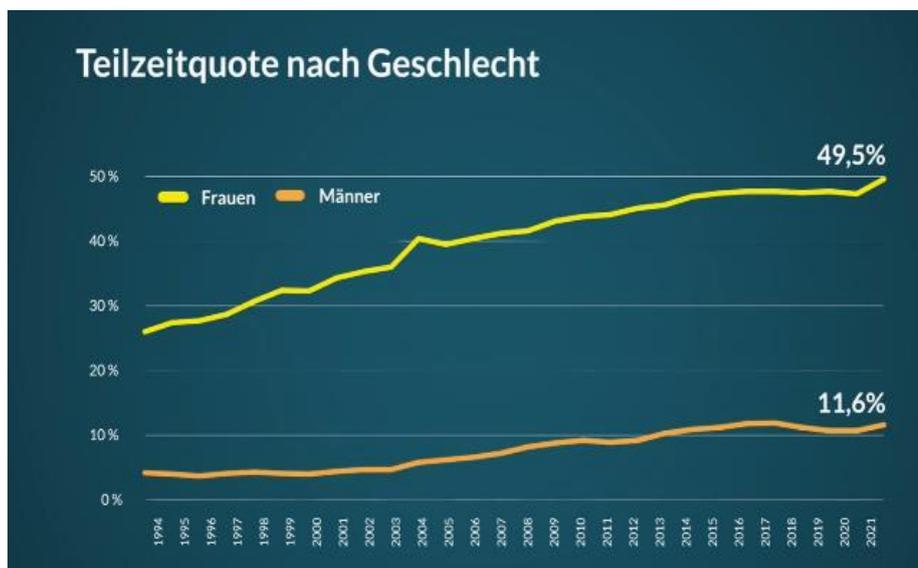


Minister Kocher will 1 Million Teilzeitarbeitenden die Sozialleistungen kürzen

ÖVP-Minister Kocher will all jenen, die „freiwillig“ in Teilzeit arbeiten, die Sozialleistungen zu kürzen, um so „Anreize“ zu setzen, dass diese Vollzeitjobs annehmen. Das ist in vielfacher Weise ungeheuerlich und soll eine neue Sozial-schmarotzerdebatte á la FPÖ entfachen, die Gesellschaft noch mehr spalten und insgesamt von der unsozialen und kriegshetzerischen Politik der Regierung ablenken.

quote nicht angehoben werden. Daher will Kocher das Sozialbudget durch Kürzung bei den Ärmsten „nach oben umverteilen“. So wird davon abgelenkt, dass das Geld dafür bei Unternehmen, den Konzernen, den Reichen über Wertschöpfungsbesteuerung, über Reichen-, Vermögens-, und Erbschaftssteuern für die sozialen Kassen zu holen ist. Dort, wo es die arbeitenden Menschen durch ihre Arbeit (Wertschöpfung) geschaffen

Stein sind, bei einer Inflation von mehr als 11% und vor dem Hintergrund, dass durch die Coronapandemie in Summe rund 2 Millionen Menschen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zwischen 10% – 20% bzw. 45% weniger Einkommen zur Verfügung hatten. Gleichzeitig schreiben die Unternehmen und Konzerne (Stichwort: OMV; Verbund, Voest, Hotellerie, Seilbahngiganten usw.) durch die Corona-Förderungen, die Energiepreisspekulationen und/oder die Energiekostenzuschüsse sogar mehr Gewinn und/oder historisch riesig hohe Gewinne.



Teilzeit Männer Frauen, Quelle: kontrast.at

Erstens bieten die Firmen heutzutage kaum mehr Vollzeitjobs an. Kocher tut aber so, als wären die Teilzeitarbeitenden unwillig und faul. Abgelenkt wird also davon, dass die Firmen an der Misere Schuld tragen und auch zu wenig Lohn/Gehalt bezahlen.

Zweitens: Da überwiegend Frauen in Teilzeit arbeiten, lenkt Kocher mit seiner Hetze auch davon ab, dass Bund, Länder, Gemeinden und Unternehmen eben zu wenig Kinderbetreuungsplätze und zu wenig attraktive Arbeitsplätze anbieten.

Drittens soll die „Teilzeit“-Debatte á la Kocher davon ablenken, dass schon längst eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich durch die Firmen stattfinden hätte müssen.

Viertens: Wie sich Kocher das vorstellt, kann, ohne die Unternehmer in die Pflicht zu nehmen, die Vollzeit-

und sich die Unternehmer privat angeeignet haben und dann ohne Leistung der Erben an diese weitervererben. Denn für all die Werte, welche die Arbeiter*innen und Angestellten täglich bei den Unternehmen schaffen, bekommen diese keinen der Wertschöpfung entsprechenden Lohn und Gehalt. Zudem zahlen die Unternehmen immer weniger Steuern ins Budget: Etwa. 85% bis 90% des Budgets kommen aus den Leistungen der breiten Schicht der Bevölkerung durch Lohn- und Massensteuern sowie Abgaben.

Fünftes soll die ganze „Debatte“ – auch wenn Kocher jetzt angeblich wieder zurückgerudert sei – von der gesamten unsozialen und die Konzerne und Reichen noch reicher machenden Politik der ÖVP-Grünen-Regierung ablenken. Ablenken davon, dass die „Einmalzahlungen“ für die Masse der Bevölkerung nicht einmal ein Tropfen auf den heißen

Nützliche Kocher: 😄

Eier Kocher
Wasser Kocher
Camping Kocher
Elektro Kocher

Unnütze Kocher: 😞

Martin Kocher

Sechstens scheint die Kocher-Methode ähnlich zu sein, wie bei der Debatte um die Erhöhung des Arbeitslosengeldes: Immer wieder Kürzungen bei Bezugsdauer und bei der Höhe von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bzw. sogar die Abschaffung der Notstandshilfe in den Raum zu stellen, sodass alle anderen dann immer einen Abwehrkampf führen müssen und dann „froh“ sein sollen, dass es so wie bisher bleibt. Abgelenkt wird auch davon, dass es nicht nur zu keiner Erhöhung kam, sondern durch die Nichtanpassung an die 11% Inflation Kocher seinen Kürzungswunsch ohne viel Protest dann halt auf diese Art durchgebracht hat.

Siebtens und nicht zuletzt scheint das die Art der Message-Control zu sein, wie es schon der Kommunikationsschef Fleischmann unter Kurz machte und deshalb jetzt auch wieder

von Kanzler Nehammer angeheuert wurde. Scheindebatten anzetteln und dann so weiter machen wie bisher: die Reichen bedienen, die Armen schröpfen.



Es soll keine Debatte um Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich stattfinden.

Es soll keine Debatte darüber geführt werden, dass die Unternehmer und Konzerne wie die Maden im Speck leben, immer weniger oder gar keine Steuern zahlen. Oder wie bei der „Mietpreisbremse“, die die ÖVP gleich durch eine Gegenforderung zu Fall bringen will. Im Interesse der Reichen bzw. der Immobilienwirtschaft solle es eine Befreiung von der Grunderwerbssteuer bis zum Betrag von 500.000 Euro geben.

Während die einen vor der Delogierung stehen, wenn die Mieten um 9% erhöht werden, bzw. in den

letzten beiden Jahren um 20% erhöht wurden, wird der Grundkauf für die Reichen billiger.



Sie reden von Neutralität und rüsten zu noch mehr Krieg:

Wie Parteien und Medien mit Kriegshetze, Trug und Täuschung gegen die Sicherheit und Neutralität Österreichs handeln



90% der Menschen in Österreich sind für die Neutralität. Nur 21% wollen, dass die Ukraine weiter gegen Russland kämpft.

Die Menschen nicht nur in Österreich wollen nicht in den Krieg hineingezogen werden und befürchten völlig zurecht eine Eskalation des Krieges. Sie wollen ein Ende des Krieges! Sie wollen eine Politik – in Österreich eine Neutralitätspolitik – die

auf Waffenstillstand und Frieden hinwirkt. Sie wollen keine Politiker und Diplomaten, die durch Kriegshetze und Parteinahme für eine Kriegsseite Partei ergreifen. Deshalb ist in den letzten Februartagen auf einmal so etwas wie ein Wettlauf der Parteien ausgebrochen, welche Partei der bessere „Hüter“ der Sicherheit Österreichs sei.

Die Neos sind offen für die Abschaffung der Neutralität und für eine EU-Armee. Die FPÖ, die Österreich als eigene Nation bis heute leugnet und ablehnt und dem Neutralitätsgesetz nie zugestimmt hat, stellt sich

weiter nächste Seite

derzeit als „Neutralitätshüter“ dar. Die ÖVP-Grün-Regierung wiederum, die Neos- und die SPÖ-„Opposition“ stellen mithilfe der FPÖ alle, die für die Neutralität sind, ins FPÖ- oder „Russen“-Eck. Das ist ein übles Spiel mit verteilten Rollen. Damit soll so getan werden, als seien nicht 90% der Bevölkerung, sondern nur die FPÖ und ihre Wähler, also eine Minderheit, für die Neutralität. Das nützt den Herrschenden, die die Neutralität sowieso abschaffen wollen.

Das sieht man an der realen Politik der letzten 40 Jahre: Die Annäherung und die Eingliederung an bzw. in die EU/USA/NATO seit den 1980er Jahren (Vorbereitung auf und EU-Beitritt selbst, NATO-Partnerschaft, Erlaubnis von NATO-Militärtransporten über und durch Österreich, Kooperation mit USA-Nationalgarde, Beitritt zum EU-Aufrüstungsvertrag PESCO usw.) war und ist gegen die Neutralität Österreichs gerichtet! Und alle Parteien, außer den NEOS, die es erst seit 2013 gibt und die ganz offen für die Abschaffung der Neutralität eintreten, machten dabei mit.

So setzen sich die Bundesregierungen dieser Zeitspanne wie folgt zusammen: SPÖ-FPÖ (1983-1986), SPÖ-ÖVP 1986-1999), ÖVP-FPÖ/BZÖ (2000-2006), SPÖ-ÖVP (2006-2017) ÖVP-Türkis/FPÖ (2017-2019) und ÖVP-Türkis/Grüne (seit 2020).

Auch die Bundespräsidenten dieser Periode, Waldheim und Klestil (ÖVP), Fischer (SPÖ) und Van der Bellen (Grüne) sind da keine Ausnahme und waren bzw. sind daran aktiv beteiligt.

Die ÖVP setzt auf die NATO als „Schutzmacht“. SPÖ und NEOS setzen auf die EU als „Schutzmacht“ (somit indirekt auf Deutschland, das der stärkste EU-Staat ist). Die FPÖ, die ja offen gegen EU und NATO ist, setzt direkt auf Deutschland als „Schutzmacht“.

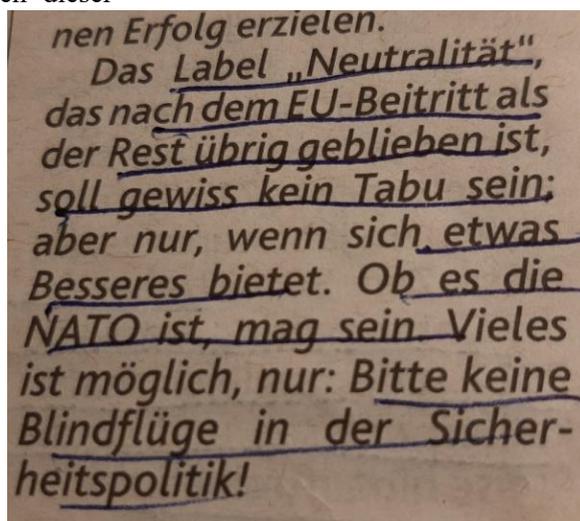
Wie man sieht, mit der Neutralität, dem Wohl und der Sicherheit der Bevölkerung Österreichs haben alle „Volksvertreter“ nichts am Hut.

All das ist mit der Neutralität nicht vereinbar und gefährlich für die Sicherheit Österreichs. Nicht die Neutralität gefährdet Österreichs Sicherheit, sondern die politische, wirtschaftliche und die militärische An- und Eingliederung an/in fremde Großmächte, Blöcke, Armeen, in deren Militärbündnisse und Kriegsvorbereitungen.

Mit Neutralitätsheuchelei gegen die Neutralität und Sicherheit Österreichs

Weil die Politik zwar vom Volk gewählt, aber kaum gewählt nur mehr die Interessen von Wirtschaft, (Rüstungs-)Konzernen und Militärs vertritt und umsetzt, aber natürlich nicht offen sagt was sie wirklich vorhat, werden die Medien zur Bearbeitung der Bevölkerung eingesetzt.

Gutes Beispiel sind etwa der „Kurier“, der dem Raiffeisenkonzern gehört, und die „Krone“, die dem deutschen Kapital gehorcht. Fast wortgleich beteuern sie zuletzt auf einmal die Wichtigkeit der Neutralität Österreichs, weil die Menschen „zurzeit“ (Krone, 25.2.23) nicht in den Krieg verstrickt werden wollen: „Das ist wohl der schlechteste Zeitpunkt, eine neue Neutralitätsdebatte (= weg mit der Neutralität) in die Runde zu werfen“ (Krone). Daher solle man „Nicht gerade jetzt die Neutralität opfern“ (Kurier, 26.2.23).



Kronenzeitung, 25. 2. 2023

Das „Label Neutralität“ also bloß nur mehr ein Etikette, soll außerdem und damit ja kein Zweifel aufkommt, „gewiss kein Tabu sein ... wenn sich

etwas Besseres bietet. Ob es die NATO ist ... Vieles ist möglich ...“, so die „Krone“.

Da wir ja schon in der EU-Kriegsunion sind – denkt da die „Krone“ vielleicht wieder einmal an Deutschland? Schon eine Woche zuvor sah die „Krone“ Deutschlands Kanzler Scholz durch sein Kriegsmanagement in einer neuen Rolle („vom Zauderer zum Antreiber“) und sagte in ihrem Bericht von der Münchner Sicherheitskonferenz Österreichs Außenminister Schallenberg Lob für Deutschlands Scholz nach.

Den beiden Massen-„Qualitätsmedien“ als Sprachrohr ihrer Konzern- und Kapitalsherren ist die Neutralität, Verfassungsgesetz hin, Verfassungsgesetz her, herzlich egal. Selbst der „Kern“, der Rest“ der Neutralität muss gemäß dieser Auftragsschreiber bei Zeiten weg? „Ohne Tabu“. Aber nicht jetzt, wo Wahlen in Kärnten und Salzburg bevorstehen und der Krieg in der Ukraine zu eskalieren droht. Aber danach, bei besserer Gelegenheit. Das ist die Botschaft.

Wir, die arbeitenden Menschen hingegen wollen weder eine „Rest“-Neutralität à la Kronenzeitung, noch eine Neutralität auf Zeit wie der Kurier als Ziel propagiert.

Wir wollen die volle, die verfassungsgemäß verpflichtende, umfassende und immerwährende Neutralität Österreichs: politisch, wirtschaftlich, militärisch! Daran haben sich nicht nur Parlament, Regierung und Bundespräsident zu halten, sondern auch die Medien. Alles andere ist verfassungswidrig und undemokratisch!



*

Eine Gesetzesnovelle des US-Kongresses öffnet die Schleusentore für Kriegsprofiteure und einen großen Bodenkrieg gegen Russland

Geht es nach den Plänen der mächtigen Führer des Wehrdienstausschuss des US-Senates, den Senatoren Jack Reed (Demokratische Partei) und Jim Inhofe (Republikanische Partei), wird der US-Kongress in Kürze eine Notstandsermächtigung in Kriegszeiten beschließen. Diese Gesetzesnovelle sieht vor, dass das amerikanische Verteidigungsministerium (Pentagon) noch viel größere Rüstungsreserven für den Kriegsfall anlegt. Die Novelle wurde Ende 2022 verabschiedet, ist also bereits zum Gesetz geworden.

Die Gesetzesnovelle, so heißt es, soll dazu dienen, die Waffen, die die USA in die Ukraine geschickt hat, zu ersetzen, doch diese Wunsch-Liste bzw. das Ausmaß der Waffen, die das Pentagon bestellen will und die Waffenindustrie produzieren wird, weist auf etwas anderes hin.

Wenn die Reed/Inhofe-Liste wirklich bedeutet, dass die USA die Waffenvorräte, die sie in die Ukraine liefert, ersetzen will, wieso übertrifft die Menge der Waffen auf der Liste die Menge der in die Ukraine gelieferten Waffen um ein Vielfaches?

Machen wir den Vergleich:

- 1) Die USA hat der Ukraine bis jetzt 38 Himar Raketen Systeme geliefert. Die zwei Senatoren planen nun 700 dieser Systeme mit 100.000 Raketen beim Rüstungskonzern Lockheed zu bestellen. Kosten: 4 Milliarden Dollar.
- 2) Von einer weiteren Artillerie-Waffe, der M777 155 mm howitzer, von der die Ukraine bis jetzt 142 Stück erhielt, planen die Senatoren 1.000 Stück bei der Firma BAE System zu bestellen. Kosten: 3,7 Milliarden Dollar.
- 3) MGM -140 ATACS Raketen sollen 6000 Stück bestellt werden, 10-mal mehr als die USA überhaupt je verwendet hat. Kosten: 600 Millionen Dollar.
- 4) 20.000 Stinger Boden-Luft Rakete Flugabwehr-Raketen der Firma Raytheon. Die Ukraine erhielt bis jetzt 1.400 Stück. Kosten: 2,4 Milliarden Dollar.
- 5) Weiters sollen 1.000 Boeing Harpoon missiles und 800 Kongsberg Naval Strike Missiles. Kosten zusammen 3,2 Milliarden Dollar, bestellt werden.
- 6) Patriot Luftabwehrsysteme (Raketenwerfer) – eines kostet ca. 1 Milliarde Dollar, die USA werden 30 Stück bestellen. Dazu 10.000 Patriot Rakete - Kosten mit den Raketenwerfern ca. 30 Milliarden Dollar.

Das macht in Summe Kosten von ca. 43,9 Milliarden Dollar.

Mark Cancian, ein US-Militäranalyst und Ex-Marine Colonel, sagte dazu: „Das ersetzt nicht, was wir der Ukraine geben. Es heißt vielmehr Vorräte für einen großen Bodenkrieg für die Zukunft anzulegen. Das ist

nicht die Liste, die man für China verwenden würde. Für China brauchen wir eine ganz andere Liste.“

Die Autoren des Artikels: „Das Pentagon hat diese Vorratspläne für einen Krieg in vollem Umfang zwischen den USA und Russland. Wenn diese Pläne je umgesetzt werden und nicht einen sofortigen Nuklear-Krieg auslösen, der das Ende der Welt bedeutet, dann brauchen diese Pläne sehr große Mengen Spezial-Waffen, und das ist der Zweck der Reed-Inhofe Gesetzesnovelle von den riesigen Waffenarsenalen“.

Laut den Autoren belaufen sich die budgetierten Ermessensausgaben des US-Verteidigungsministeriums und die anderen sich aufs Militär bzw. Sicherheit beziehenden Ausgaben im Budget in den USA schon im nächsten Jahr auf 2/3 des Gesamtbudgets der USA, das sind ca. 3.000 Milliarden pro Jahr!

Quelle:

<https://www.other-news.info/congressional-amendment-opens-floodgates-for-war-profiteers-and-a-major-ground-war-on-russia/>

Congressional Amendment Opens Floodgates for War Profiteers and a Major Ground War on Russia 14. November 2022 By Medea Benjamin and Nicolas J. S. Davies () In: "OTHER NEWS", aus dem Englischen übersetzt.*

PS: Am 15. Dezember 2022 hat der US-Senat die erwähnte Gesetzesnovelle für das Fiskaljahr 2023 mit 88 zu 11 Stimmen beschlossen.

<https://www.armed-services.senate.gov/press-releases/reed-inhofe-praise-senate-passage-of-the-fiscal-year-2023-national-defense-authorization-act>

Obiger Artikel besagt also, dass die USA ihrer Rüstungsindustrie nun gerade weitere Aufträge in der Höhe von 57,8 Milliarden Dollar erteilen, um Waffen-Vorräte für einen großen Boden-Luft-Krieg gegen Russland anzulegen.

Die NATO-Soldaten aus Europa, allen voran Deutschland, sollen nun vor allem für die Profiteure der US-Konzerne gegen Russland marschieren. Unsere Politiker wollen, dass wir dabei wieder an der Seite Deutschlands mitmarschieren.

Unsere Neutralität unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen!

Der offene Brief / Aufruf der Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ die wir letztes Jahr gemeinsam mit den „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ und der „Plattform pro Demokratie“ ins Leben gerufen haben ist heute aktueller und notwendiger denn je

Wie schon berichtet, fanden etliche Aktivitäten statt: Vorstellung der Initiative des offenen Briefes bei einer Pressekonferenz am 14. September 2022 in Wien. Zwei Folgetreffen von Unterzeichner*innen im Oktober und November 2022, Auftreten am Nationalfeiertag, dem 26. Oktober, und seither bei mehreren öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen auf der Straße und bei diversen Diskussionsveranstaltungen

Weiters wurde bei Veranstaltungen der offene Brief von verschiedenen Aktivist*innen verteilt, so bei der GPA, bei Betriebsrät*innen-Konferenzen in Wien und beim Bund, im Kreisky- Forum, im Renner-Institut, in der AK-Bibliothek, im BSA, auf der Uni Wien und der WU oder bei einer Friedenstagung in Graz oder Anfang des Jahres bei einer Diskussion im Presseklub Concordia wo es um die Rolle der Medien in der Berichterstattung um den Ukrainekrieg ging. Wir verteilten bei der Demonstration gegen Sozialabbau, bei der Klima-

Demonstration, beim Schmetterling-Revival, beim Konstantin Wecker-Konzert. Ebenso werden wir beim kommenden Klimastreik am 3. März 2023 aktiv sein.

Sowohl bei unseren öffentlichen Auftritten mit dem offenen Brief, mit Flugblättern bzw. mit Stand, überall zeigte sich ein ähnliches Bild: Die große Mehrheit ist für die Beibehaltung der Neutralität und gegen die Kriegshetze. Die Regierung hingegen betreibt Kriegshetze, macht bei Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen mit und will uns vormachen, das sei alles mit der Neutralität vereinbar. Darüber schreiben wir auch in dieser Ausgabe der ÖSK-Zeitung.

Der offene Brief / Aufruf, die Liste der Unterzeichner*innen und weitere Infos finden sich unter:

www.unsere-neutralitaet.at

Bitte selbst den Aufruf unterstützen und weiterverbreiten.

Auf Wunsch schicken wir auch Unterschriftenlisten zu bzw. kann eine solche auf der Homepage der Initiative heruntergeladen werden.

Unsere Neutralität unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritäts-komitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegenden Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.

Datenschutzerklärung siehe unter: <http://prosv.akis.at>